Beschluss Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

Die Verwaltung in unserer Zeit ankommen lassen

Wir fordern eine zentrale Anfragestelle für Bürger*innen, um Fragen oder Probleme an die Verwaltung zu geben. Mit Hilfe eines Ticketsystems sollen sie schnell und unkompliziert Antworten auf ihre Eingaben erhalten. Die Beschaffung des Landes muss sich außerdem stärker an ökologischen und sozialen Faktoren orientieren, der niedrigste Preis genügt nicht als Entscheidungsgrundlage.

Für flächendeckendes Internet sollten sämtliche Landesgebäude mit Freifunk ausgestattet werden.

Mit dem Transparenzgesetz wurde in RLP viel erreicht. Informationen sollen Bürger*innen leichter zugänglich gemacht werden durch niedrigschwellige Informationskampagnen, z.B. zu Mieter*innenrechten oder Schüler*innenrechten. Dazu müssen Behörden aktive Informationsstrategien, auch in einfacher Sprache, entwickeln. Die Digitalisierung muss, das hat uns die Corona-Pandemie nochmal verdeutlich, mit Nachdruck vorangebracht werden. Es müssen viel mehr Verwaltungsvorgänge vom Handy und heimischen PC aus möglich sein.

Wir fordern eine landesweite Förderung von E-Government-Strukturen: unter Leitung des Landes soll so allen Bürger*innen über ein Portal die Kommunikation sowohl mit kommunalen als auch mit Behörden des Landes ermöglicht werden - am Leitbild eines Ticketsystems sollen so auch komplexere Vorgänge stattfinden. In unseren Augen wird dies Verwaltungen und Bürger gleichermaßen entlasten und bildet einen elementaren Baustein der Strukturen von morgen. Kleine, kommunale Verwaltungen ohne entsprechende technische Expertise sollen bei der Umstellung auf digitale Strukturen auch personell unterstützt werden. Für Beamt*innen und Mitarbeiter*innen der Verwaltung müssen begleitende Kurse und Lernangebote zur Verfügung gestellt werden.

Um die Strukturen des Landes langfristig zu entwickeln, fordern wir den Fokus bei IT-Neuanschaffungen des Landes auf GreenIT und Interoperabilität zu legen, um auch in der IT des Landes den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden.

Um Ressourcen des Landes nachhaltig einzusetzen, möchten wir mit Nachdruck GreenbyIT Systeme einsetzen, an unseren Hochschulen und Instituten im Land werden diese Systeme entwickelt und verschaffen uns die Möglichkeit einen echten Mehrwert daraus zu gewinnen.

Justizpolitik mit Fokus auf Prävention

Grüne Justizpolitik muss andere Wege gehen. Dazu muss viel stärker auf Prävention statt Reaktion gesetzt werden. Zu einem umfassenden Präventionsprogramm gehören deutlich mehr Streetworker*innen, Sozialpädagog*innen und Psycholog*innen, aber auch etwa flächendeckende Versorgung mit Jugendhäusern in den Städten und auf dem Land. Diese müssen für junge Menschen gut erreichbar sein. Auf diesem Wege wollen wir Straftaten

verhindern, bevor sie begangen werden. Es müssen ausreichende Strukturen in Rheinland-Pfalz geschaffen werden, die vor allem junge Menschen erreichen. Oft können Streetworker*innen und Vertrauenspersonen mehr erreichen als Richter*innen oder Polizist*innen. Die Justiz- und Innenpolitik in Deutschland setzt zu sehr auf Überwachung und Bestrafung, statt Prävention. Dies wollen wir ändern.

Durch Prävention entlasten wir zudem auch das viel zu überlastete Justizwesen. Mehr Prävention führt zu weniger Fällen vor Gericht, die sich derzeit massenhaft auf den Schreibtischen der Anwält*innen und Richter*innen sammeln.

Der Fokus des Strafvollzuges sollte stärker auf Aus- und Weiterbildungen liegen, damit verurteilte Straftäter*innen wieder ein Teil unserer Gesellschaft werden können und eine erneute Straffälligkeit verhindert wird.

Keine Überwachung

Wir lehnen Überwachungsmaßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung oder den Staatstrojaner ab. Bürger*innen sollten nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

Polizei als „Freund und Helfer“ wahr werden lassen

Wir wollen ein Notrufgarantie auf dem Land erreichen, Rettungsdienste müssen innerhalb weniger Minuten vor Ort sein und nicht 20 Minuten bis zum Notruf fahren. Außerdem ist es sinnvoll, auch andere Berufsgruppen 24 Stunden in Bereitschaft zu haben. Die Polizei sollte nicht alle Krisen alleine lösen müssen. Psychologen können bspw. besser mit suizidalen Personen umgehen als Polizeibeamte.

Die staatlichen Behörden und auch Vollzugsbehörden wie die Polizei müssen personell besser aufgestellt werden. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Behörden die Gesellschaft abbilden. Das heißt es müssen u.a. deutlich mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Außerdem sollen Polizist*innen die Möglichkeit bekommen, an zivilen Lehrgängen und Schulungen teilzunehmen, etwa durch eine Kooperation der Polizeihochschule mit zivilen Hochschulen und Universitäten.

Polizeigewalt ist leider auch ein Problem der rheinland-pfälzischen Polizei. Die Grünen haben sich erfolgreich für eine unabhängige Polizeibeauftrage eingesetzt. Diese muss mit mehr Kompetenzen, Mitteln und Personal ausgestattet werden, um Gewaltexzesse der Polizei wie bei Demos in Ingelheim und Worms zu unterbinden.

Es muss mehr Schulungen hinsichtlich Rassismus und häuslicher Gewalt geben. Die Polizei muss eine Fehlerkultur etablieren. Es darf keinen Korpsgeist innerhalb der Polizei geben, der Aufklärung verhindert. Dazu muss verhindert werden, dass Menschen mit rechtsextremer Gesinnung in den Behörden und der Polizei tätig sind. Wir fordern eine Studie zum Racial Profiling auf Landesebene.

Das staatliche Gewaltmonopol obliegt einzig der Polizei und der Justiz. Eine Ausstattung der kommunalen Vollzugsdienste/ Ordnungsämter mit Bewaffnung jeglicher Art lehnen wir ab ebenso wie polizeiähnliche Bezeichnungen von kommunalen Vollzugsdiensten. Die Polizei soll so ausgestattet werden, dass sie ihre polizeilichen Aufgaben in den Kommunen wahrnehmen kann. Eine Ausdehnung der

Befugnisse kommunaler Vollzugsdienste auf polizeiliche Aufgaben lehnen wir entschieden ab.

Polizist*innen sollten als Helfer*innen ausgebildet werden, der Fokus ihres Handels sollte dementsprechend auf Deeskalation gelegt werden, sie sollten nicht schwerbewaffnet durch Städte laufen. Deshalb lehnen wir den Taser und Handfeuerwaffen als standardmäßige Bewaffnung ab.